

Verbraucher rebellieren gegen Gaspreise – Bad Dürrheimer Anwalt reicht Petition ein Protest soll Versorgern einheizen

Winterzeit, Gaspreiserhöhungszeit. Viele Verbraucher haben einen entsprechenden Brief ihrer Stadtwerke erhalten. Mit Hinweis auf die Vorlieferanten. Doch Bürgerinitiativen wehren sich vermehrt. Sie wollen der Preistreiber mit Hilfe einer Petition ein Ende machen.

VON
GABRIELE RENZ

Stuttgart – Hans-Jörg Knäpple ist unverständlich, warum die politische Opposition aus den ständigen Gaspreiserhöhungen kein Thema macht. Denn über die Gaspreiserhöhungen seien die Verbraucher nicht nur verärgert. Sie können, so Peter Junius von der Bürgerinitiative „Gaspreissenkung“ in Bietigheim-Bissingen, ihre Rechnungen auch bald nicht mehr bezahlen. Hartz IV-Empfänger klagten an seinem Infostand immer häufiger, sie drehten ihre Heizung schon auf 17 Grad runter. Weniger gehe nicht.

Die Verbraucher seien doppelt gekniffen, sagt Junius. „Sie bezahlen für die Gewinnstrategie der großen Energiekonzerne und für die ihrer Stadtwerke.“ Junius verweigert seit Ende 2005 eine Gaspreiserhöhung. Er zahlt einfach den alten Preis weiter. Bisher wurde er nicht verklagt.

Rechtsanwalt Knäpple, von Haus aus Verwaltungsrechtler, wurde aus Eigeninteresse zum Gaspreiskritiker. Er habe sich „maßlos geärgert“ und Ende 2004 bereits die Preiserhöhung verweigert. „Stadtwerke sind kein soziales Unternehmen“, sagte Donauerschingers OB Thorsten Frei (CDU) in einem Zeitungsinterview. Knäpple widerspricht. Das Gesetz sage anderes. In seinem Wohnort Bad Dürrhein, der vom „Zweckverband Gasfernversorgung Baar“ (ZVB) beliefert wird, könnten Familien mit Einfamilienhäusern rund 480 Euro jährlich sparen, würde der ZVB seine Gewinnmargen auf jene Höhe begrenzen, die das Kommunalrecht eigentlich vorsieht – nämlich rund 6 Prozent. Denn städtische Eigenbetriebe sollten nicht mehr als eine „marktübliche Verzinsung“ von Eigenkapital erzielen. Der ZVB aber erwirtschaftet beispielsweise regelmäßig mehr als 20 Prozent, im Jahr 2005 sogar 51 Prozent.

Knäpple rechnet vor: Die Selbstkosten betragen derzeit gerade 3,71 Cent je Kilowattstunde, gefordert werden aber 4,93 Cent. Der Gewinnaufschlag betrage also 1,22 Cent netto oder 32 Prozent. „Das sind keine Peanutts“, meint der Anwalt. Hier liege nicht nur die „missbräuchliche Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung“ vor, wie sie das Kartellrecht verbietet. Knäpple bestreitet auch, dass Städte einfach die Grundsätze des Kommunalrechts aushebeln können, indem sie Stadtwerke-Töchter ausgründen.



„Das sind keine Peanutts.“

Hans-Jörg Knäpple,
Gaspreis-Kritiker aus
Bad Dürrhein



Immer mehr Verbraucher wehren sich gegen die steigenden Gaspreise.

BILD: DPA

Auch für solche GmbHs gelte das Gemeindewirtschaftsrecht, wonach der „öffentliche Zweck“ im Vordergrund stehen müsse und eben nicht die Gewinnerwirtschaftung. Die Verpflichtung auf das Gemeinwohl gehe vor Gewinnerzielung.

Auch anderswo im Land wehren sich Verbraucher. In Bietigheim-Bissingen, Reutlingen, Offenburg oder Freiburg begehren Bürgerinitiativen gegen die „Zweckentfremdung“ der Versorger-Gewinne auf. Quersubventionierung ist in den Kommunen an der Tagesordnung. Nur 5 bis 6 Prozent fließen in der Regel zurück in den Energiebereich. Mit dem Rest des Geldes sanieren Städte ihre Hallenbäder und

Altstädte – alles auf Kosten der Gaskunden. In Bietigheim wurde sogar ein Schloss saniert. „Wir haben eine Petition eingereicht, um klar zu machen, wozu die Stadtwerke eigentlich da sind“, beharrt Junius.

Die Petiteure verlangen viel Uneigennützigkeit von den Volksvertretern. Das Problem: Die allermeisten Landtagsabgeordneten sind in kommunalen Wahlämtern. Und im Stadt- oder Gemeinderat freuen die sich über jeden Gewinn-Euro der Stadtwerke, um für Anderes Geld zu haben. Das anfängliche Interesse am Thema, berichtet Knäpple von seinem Gespräch mit dem örtlichen Landtagsabgeordneten Karl Rombach (CDU), sei deshalb schnell abgekühlt. Alle blicken nun auf den Petitionsausschuss des

Der Protest

Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg rät: Prüfen statt zahlen. Zwischen 1996 und 2006 seien die Gaspreise um rund 88 Prozent gestiegen. Allein im vergangenen Jahr legten sie um 16 Prozent zu. Mehr als 2000 Verbraucher in Baden-Württemberg haben die Gasrechnungen gekürzt aus Protest gegen die Preispolitik der Gasversorger. Insgesamt haben sich 17 Gaspreis-Protestinitiativen gegründet. Derzeit laufen Sammelklagen von 200 Gaskunden gegen die Badenova (Freiburg). Einzelverfahren gibt es darüber hinaus in Esslingen oder Aalen. In Reutlingen wurden gerade 30 Klagen der Fair-Energie ans Landgericht Tübingen verwiesen.

Landtags, der am morgigen Mittwoch mit vier Petitionen zum Thema, gestützt durch mindestens 600 Unterschriften, befasst ist. Im schlechtesten Fall verweisen die Abgeordneten an die Landeskartellbehörde im Wirtschaftsministerium. „Das wäre der Papiertiger“, sagt Junius. Im besten Fall nehmen die Volksvertreter den Ball auf und begrenzen durch ihr Votum die Gewinne kommunaler Versorger.

Dass es anders geht, zeigt Schwäbisch Hall. Dort erlegte sich die städtische Stadtwerke-Tochter Selbstbeschränkung auf und legte die maximale Gewinnerzielung auf 6 Prozent fest.

Die Rechtslage

Die Verbraucherzentrale rät Gaskunden, die aus Protest ihre Rechnung gekürzt haben, sich durch Drohungen mancher Gasversorger nicht verunsichern zu lassen. Auch nicht durch den Verweis auf ein BGH-Urteil vom Juni 2007, wonach das ausstehende Geld zu zahlen ist. Dies sei keine Musterklage, sondern eine Einzelfallbehandlung gewesen. Der Versorger, so die Verbraucher-schützer, müssten vielmehr individuell und in „nachvollziehbarer und überprüfbarer Weise offenlegen“, ob eine Preiserhöhung angemessen war. Eine Broschüre zum Thema Gaspreise mit Tipps und Widerspruchsformular über Infotelefon (0,14 Euro/Min.) Mo-Do 10-18 Uhr, Fr 10-14 Uhr: 0180-550-59-99 oder Internet: www.vz-bw.de (gar)

Scouts suchen sogar im benachbarte Bayern nach den billigsten Vorlieferanten, um die Gaspreise niedrig halten zu können. In den meisten Kommunen aber passiert das genaue Gegenteil. Im Falle der Reutlinger „Fair Energie GmbH“, einer ausgegliederten Stadtwerke-Tochter, ist die Energie Baden-Württemberg (EnBW) Vorlieferant und Gesellschafter. Die Verzinsung des städtischen Anlagekapitals liege bei sagenhaften 55,8 Prozent. „Wer soll da Interesse an Konkurrenz haben?“, fragt Alexander Gaupp von den Energie-Rebellen Neckar Alb. Wütend – und ratlos.